

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 7. Dezember 2016

980.

Dringliche Schriftliche Anfrage von Marcel Tobler, Patrick Hadi Huber und 41 Mitunterzeichnenden betreffend Schliessung der Poststelle an der Molkenstrasse beim Helvetiaplatz, Haltung des Stadtrats zum Schliessungsentscheid der Post sowie mögliche Massnahmen zum Erhalt des Poststellennetzes in der Stadt

Am 9. November 2016 reichten Gemeinderäte Marcel Tobler, Patrick Hadi Huber (beide SP) und 41 Mitunterzeichnende folgende Dringliche Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2016/392, ein:

Die Schweizerische Post AG (Post) kündigte vor kurzem einen heftigen Kahlschlag im Poststellennetz an. Welche Poststellen wegfallen sollen, wurde nicht gekannt gegeben. Im September hingegen wurde bekannt, dass die Poststelle an der Molkenstrasse beim Helvetiaplatz, die sich in einer Liegenschaft der Post befindet, angeblich aus betrieblichen Gründen 2017 geschlossen werden soll. Die betroffene Bevölkerung und das Gewerbe im Langstrassenquartier haben keinerlei Verständnis für diesen sehr einschneidenden Schritt und leisten geschlossenen Widerstand. Die SP Sektion 4 hat ihren Unmut in einem Offenen Brief an die Chefetage der Post scharf zum Ausdruck gebracht. Der Gewerbeverein Zürich vier hat zusammen mit fast allen Parteien von links bis rechts und weiteren Organisationen öffentlich für den Erhalt der Poststelle Aussersihl demonstriert. Eine Petition mit dieser Forderung ist in kurzer Zeit von über 3000 Personen unterzeichnet und dem Stadtrat am 2. November 2016 überreicht worden. Ähnlicher Widerstand ist zu erwarten, wenn die anderen betroffenen Standorte bekannt werden.

Die Post hat offen gelassen, wie sie sich das neue Postangebot im Quartier konkret vorstellt. Angeblich wolle sie sich die Zeit nehmen, um die notwendigen Gespräche zu führen. Nach Auskunft der Post stehe sie dafür im engen Kontakt mit Ansprechpartnerinnen oder -partnern bei der Stadt Zürich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche städtischen Stellen stehen diesbezüglich mit der Post in Kontakt? Welche Rolle nehmen sie wahr?
2. Worüber wird diskutiert? In welche Richtung zielen die Gespräche? Wie ist der Stand der Gespräche?
3. Warum will die Post die Poststelle am Helvetiaplatz schliessen? Welche Gründe werden den städtischen Behörden genannt?
4. Ist der Stadtrat bereit, sich für den Erhalt der Poststelle am Helvetiaplatz einzusetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
5. Stehen die städtischen Behörden diesbezüglich auch mit kantonalen Behörden und anderen Städten/Gemeinden in Kontakt? Wenn ja, mit welchen?
6. Ist dem Stadtrat bekannt, was die Post mit der Liegenschaft an der Molkenstrasse plant? Ist der Stadtrat bereit zu prüfen, die Liegenschaft zu übernehmen oder anderen Gewerberaum für eine bediente Poststelle am Helvetiaplatz zur Verfügung zu stellen?
7. Haben die städtischen Behörden Kenntnis davon, ob die Post beabsichtigt, weitere Poststellen in der Stadt zu schliessen? Wenn ja, welche?
8. Ist der Stadtrat bereit, sich für den Erhalt des Poststellennetzes einschliesslich des Personals in der Stadt Zürich einzusetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Seit der erstmaligen Ankündigung der Post, ihr Netz in der Stadt Zürich zu redimensionieren (Programm OPTIMA im Winter 2000/01), steht die Stadt Zürich unter Federführung der Stadtentwicklung Zürich in engem Kontakt mit der Post. Die gesetzlichen Vorgaben zum Verfahren bei einer Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder Postagentur sind in der Postverordnung vom 29. August 2012 (SR 783.01, VPG) in Art. 34 Abs. 1 geregelt: «*Vor der Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder einer Postagentur hört die Post die Behörden der betroffenen Gemeinden an. Sie strebt eine einvernehmliche Lösung an.*» Falls keine einvernehmliche Lösung gefunden wird, kann die Stadt einen Entscheid der Post von der Eidgenössischen Postkommission PostCom nochmals überprüfen lassen. Die PostCom gibt eine Empfehlung zuhanden der Post ab, der abschliessende Entscheid liegt aber bei der Post (Art. 34 Abs. 3–8 VPG).

Nach diesen einleitenden Bemerkungen können die Fragen wie folgt beantwortet werden:

Zu den Fragen 1 und 2 («Welche städtischen Stellen stehen diesbezüglich mit der Post in Kontakt? Welche Rolle nehmen sie wahr?», «Worüber wird diskutiert? In welche Richtung zielen die Gespräche? Wie ist der Stand der Gespräche?»):

Die Stadtentwicklung Zürich ist seit 2000 die zuständige Ansprechpartnerin der Post und steht in regelmässigem Kontakt und Austausch mit ihr. Vor jeder geplanten Veränderung des Poststellennetzes informiert die Post die Stadtentwicklung über ihr Vorhaben und über ihr Vorgehen. Oberstes Ziel der Stadt ist es, quatiervetragliche Lösungen zu finden. Deshalb bezieht die Stadt die Quartiervereine jeweils so bald als möglich in die Gespräche mit ein, um gemeinsam nach einer für alle Seiten befriedigenden Lösung zu suchen. Im vorliegenden Fall fand im Juli 2016 ein vertrauliches Gespräch zwischen der Post, dem Quartierverein Aussersihl-Hard und der Stadtentwicklung statt, in dem die Post über ihre Schliessungsabsichten der Poststelle am Helvetiaplatz informiert hat. Sowohl der Quartierverein als auch die Stadtentwicklung haben eindringlich zum Ausdruck gebracht, dass ein Angebot mit Postdienstleistungen im Quartier Aussersihl-Hard sehr wichtig ist. Die Post hat dies zur Kenntnis genommen. Da für die Post aus Kostengründen die Weiterführung einer traditionellen Poststelle am jetzigen Standort nicht in Frage kommt, hat sie zugesagt, sich auf die Suche nach möglichen Partnergeschäften für eine Postagentur zu machen. Bis jetzt wurden der Stadt noch keine Postagenturpartner präsentiert und seitens Post noch kein offizieller Entscheid eröffnet. Erst nach einem solchen Entscheid kann die Stadt aktiv werden und je nach Beurteilung dieses Entscheids eine Überprüfung bei der Eidgenössischen Kommission PostCom verlangen.

Zu Frage 3 («Warum will die Post die Poststelle am Helvetiaplatz schliessen? Welche Gründe werden den städtischen Behörden genannt?»):

Die Post besitzt das Gebäude an der Molkenstrasse 8 im Alleineigentum. Der Zustand des Gebäudes ist gemäss Aussage der Post nicht gut. Es stehen grosse Investitionen zur Sanierung (z. B. Ersatz der Rolltreppen) an, die sich die Post nicht leisten könne. Weiter stehen wegen der bereits erfolgten Aufhebung der Postfachanlage aufgrund der schlechten Nutzung der Postfächer grössere Flächen im Erdgeschoss leer, die wegen logistischer Abhängigkeiten und der derzeitigen Raumaufteilung nicht vermietet werden können. Zudem ist die Nutzung der Poststelle am Helvetiaplatz gemäss Aussagen der Post seit Jahren rückläufig: Die Nachfrage habe in den letzten fünf Jahren in den zentralen Geschäftsfeldern deutlich abgenommen (Briefe –28 Prozent, Einzahlungen –14 Prozent). Eine Trendabkehr zeichne sich nicht ab. Demgegenüber besteht im Quartier der Eindruck, dass diese Poststelle intensiv frequentiert ist. Als weiteres Argument führt die Post an, dass die Distanzen zu den Nachbarzugangspunkten gering sind (Sihlpost etwa 500 m, Poststelle «Sihlfeld» beim Albisriederplatz in ähnlich naher Distanz). Grundsätzlich betont die Post immer, dass das Netz an Postdienstleistungen in der Stadt Zürich sehr dicht ist, und die Postkundschaft Zugang zu mehreren Poststellen innerhalb weniger Kilometer hat. Auch haben sich das Kundenbedürfnis und das Kundenverhalten in Bezug auf Dienstleistungen der Post in den vergangenen Jahren stark verändert: Die hohe Mobilität und neue Technologien bieten den Kundinnen und Kunden neue Möglichkeiten (z. B. Sendungsabholung via MyPost24, PickPost) und stellen neue Anforderungen an die Post. Die Post ist stark daran interessiert und vom Bundesrat beauftragt, einen zeitgemässen Service public zu bieten. Dies bedingt, dass das Angebot der Post laufend auf die veränderten Bedürfnisse ausgerichtet wird. Weiter hat die Post den Anspruch und den politischen Auftrag, effizient zu wirtschaften.

Zu Frage 4 («Ist der Stadtrat bereit, sich für den Erhalt der Poststelle am Helvetiaplatz einzusetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?»):

In allen Gesprächen mit der Post hat die Stadt deutlich gemacht, dass ein Angebot mit Postdienstleistungen im Quartier Aussersihl-Hard wichtig ist und im Falle einer Schliessung der Poststelle am Helvetiaplatz eine valable Ersatzlösung gefunden werden muss. Grundsätzlich erachtet die Stadt das Anbieten von Postdienstleistungen in sogenannten Postagenturen (z. B. Apotheken, Lebensmittelgeschäften) durchaus als sinnvoll. Damit verbunden sind meist längere Öffnungszeiten, was für die Kundschaft von Vorteil ist. Die Geschäfte, die als Postagenturen fungieren, profitieren von höheren Frequenzen und damit mehr Kundschaft. Dadurch werden gerade Geschäfte, die nicht unmittelbar an Zentrumslagen liegen oder unter zu wenig Kundschaft leiden, unterstützt – was einen direkten Beitrag zu einer funktionierenden Nahversorgung darstellt. Falls sich ein Geschäft zu einer Zusammenarbeit mit der Post entschliesst, können sich also für beide Seiten Synergien ergeben. Die bereits bestehenden Postagenturlösungen in der Stadt Zürich haben sich bisher sehr gut bewährt. Sie werden von Seiten des Quartiers geschätzt, und auch die sie betreibenden Geschäfte sind zufrieden.

Falls die Post die Poststelle am Helvetiaplatz ersatzlos schliessen will, wird die Stadt die zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel ausschöpfen und bei der Eidgenössischen Postkommission PostCom eine Überprüfung des Entscheids verlangen. Die PostCom gibt eine Empfehlung zuhanden der Post ab. Ob die Post diese befolgt, ist allerdings offen. Der endgültige Entscheid liegt wie eingangs erwähnt immer bei der Post.

Zu Frage 5 («Stehen die städtischen Behörden diesbezüglich auch mit kantonalen Behörden und anderen Städten/Gemeinden in Kontakt? Wenn ja, mit welchen?»):

Die Stadt Zürich steht diesbezüglich weder mit kantonalen Behörden noch anderen Städten und Gemeinden in Kontakt. Die Beurteilung der Poststellensituation muss lokal erfolgen und das Verfahren bei einer Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder Postagentur ist in der Postverordnung eindeutig geregelt.

Zu Frage 6 («Ist dem Stadtrat bekannt, was die Post mit der Liegenschaft an der Molkenstrasse plant? Ist der Stadtrat bereit zu prüfen, die Liegenschaft zu übernehmen oder anderen Gewerberaum für eine bediente Poststelle am Helvetiaplatz zur Verfügung zu stellen?»):

Der Stadtrat wird sich bei der Post Immobilien AG bezüglich der Absichten mit der Liegenschaft an der Molkenstrasse 8, Kat.-Nr. AU6018, erkundigen. Sollte die Eigentümerin eine Veräusserung der in der Quartiererhaltungszone liegenden Liegenschaft in Erwägung ziehen, wird der Stadtrat – unabhängig von der Zukunft der Poststelle an der Molkenstrasse – den Erwerb dieser zentral gelegenen Liegenschaft prüfen. Zu beachten ist, dass eine allfällige Handänderung der Liegenschaft Molkenstrasse 8 von der Post Immobilien AG zur Stadt an den betriebswirtschaftlichen Überlegungen, die der beabsichtigten Poststellenschliessung zugrunde liegen, nichts zu ändern vermag.

Die sich bereits im Eigentum der Stadt befindenden Gewerbelokale in der Umgebung des Helvetiaplatzes sind grösstenteils über längerfristige Mietverträge an Betriebe vermietet, die auch Versorgungsfunktionen im Quartier erfüllen. Falls ein Quartierversorgungsbetrieb in einer städtischen Liegenschaft seitens der Post für eine Agenturlösung in Erwägung gezogen wird, ist die Stadt als Vermieterin zur Sicherstellung der Postversorgung bereit, im Einvernehmen mit der bestehenden Mieterschaft die notwendige Unterstützung zu leisten.

Zu Frage 7 («Haben die städtischen Behörden Kenntnis davon, ob die Post beabsichtigt, weitere Poststellen in der Stadt zu schliessen? Wenn ja, welche?»):

Die Post hat anlässlich ihrer Medienkonferenz vom 26. Oktober 2016 mit dem Titel «Das Postnetz der Zukunft» auf Anfrage mitgeteilt, dass das Postdienstleistungsangebot in der Stadt Zürich nicht weiter reduziert werden soll. Bereits seit einigen Jahren erfolgt in der Stadt Zürich eine sukzessive Umwandlung von traditionellen Poststellen in Postagenturen. Die Post wird diesen Weg aus betriebswirtschaftlichen Gründen und aufgrund des veränderten Kundenverhaltens weiterverfolgen. Wie bereits in der Antwort zu Frage 4 ausgeführt, beur-

teilt die Stadt das Anbieten von Postdienstleistungen in sogenannten Postagenturen (z. B. Apotheken, Lebensmittelgeschäften) als grundsätzlich sinnvoll. Jede Umwandlung einer Poststelle in eine Postagentur muss jedoch individuell und unter Berücksichtigung der Auswirkungen für die Bevölkerung und das Gewerbe beurteilt werden.

Bereits bekannt ist, dass die Poststelle am Röschibachplatz im Coop-Center durch zwei Postagenturen im Quartier (eine in der Neubausiedlung «Sydefädeli»; für die zweite im Raum Röschibachplatz wird noch ein Partner gesucht) ersetzt werden soll. Die bestehende Post am Röschibachplatz ist zu klein geworden und die Flächen können nicht erweitert werden, deshalb sind neu zwei Zugangspunkte als Agenturlösungen geplant. Dadurch kann die postalische Versorgung des Quartiers deutlich verbessert werden. Die Post steht dazu mit der Stadtentwicklung und dem Quartier- und Gewerbeverein Wipkingen, die das Vorhaben begrüssen und unterstützen, in engem Austausch.

Zu Frage 8 («Ist der Stadtrat bereit, sich für den Erhalt des Poststellennetzes einschliesslich des Personals in der Stadt Zürich einzusetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?»):

Eine gute Nahversorgung, zu der auch die Versorgung mit Postdienstleistungen gehört, ist für die Stadt Zürich in allen Quartieren wichtig. Die Stadt setzt sich deshalb immer für die Anliegen der Quartiere und für eine Versorgung mit Postdienstleistungen in allen Quartieren ein. Falls eine traditionelle Poststelle geschlossen werden soll, engagiert sich die Stadt dafür, dass ein Ersatz in zumutbarer Distanz geschaffen wird. Falls die Post keine Lösung für eine zu schliessende Poststelle anbieten kann, schöpft die Stadt die zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel aus. Gemäss Aussage der Post wird bei Veränderungen im Poststellennetz versucht, betroffene Mitarbeitende an andere Stellen in der Region zu versetzen oder in neuen Aufgaben einzusetzen. Sind Kündigungen seitens der Post dennoch unumgänglich, ist der Prozess mit den Gewerkschaften in einem schweizweit gültigen Sozialplan geregelt.

Vor dem Stadtrat

der stv. Stadtschreiber

Michael Lamatsch